Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7506).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 506. **Dienstag** den 4. Oktober 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Wegen der Vorgänge in Altona bei dem großen Zapfenstreich anläßlich des Kaisermanövers soll dem Kaiser ein Immediatgesuch unterbreitet werden. (S. Deutsches Reich.)

* Als Termin für die Einberufung der französischen Kammer zur außerordentlichen Session ist soeben offiziell der 18. Oktober bekannt gegeben worden. (S. Ausland.)

* Im russisch-japanischen Krieg, dessen Fortdauer der japanische Premierminister Katsura als eine noch sehr lange bezeichnet hat, ist das markanteste Ereignis ein sehr blutiger Kampf um den „Hohen Hügel" vor Port Arthur; die Truppen Stössels bewiesen größten Heldenmut. (S. russ.-jap. Krieg.)

Die Intensivierung der Landwirtschaft.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Nachdem nun der deutsch-russische Handelsvertrag zum Abschluß gelangt ist, wird es Sache der deutschen Landwirtschaft sein, die entstehende günstige Situation auch in vollem Umfange auszunutzen. Der Reichskanzler kann den Landwirten das bekannte Dichterwort zurufen: „Ich habe das Meinige getan, tun Sie das Ihre!" Durch den Zollschutz ist dem landwirtschaftlichen Produzenten ein Preis gesichert, der ihm seine Arbeit lohnt und nun hoffen wir, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft sich entsprechend steigern wird. War es doch während der Zolltarifverhandlungen ein oft betontes, freilich schwer beweisbares Argument, daß die deutsche Landwirtschaft imstande sei, das für Deutschland erforderliche Brotgetreide selbst zu erzeugen. In der Tat ist dafür zum Mindesten der Beweis leicht zu erbringen, daß die deutschen Ernten noch im hohen Maße steigerungsfähig sind.

Freilich kann eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur dann erzielt werden, wenn die Landwirtschaft intensiv arbeitet. Unter diesem Begriff verstehen wir die Benutzung aller produktionssteigernden und zugleich produktionsverbilligenden Hülfsmittel. Wir verstehen nicht darunter den in manchen landwirtschaftlichen Kreisen üblichen Wortgebrauch, wonach als „extensive Wirtschaften" Viehzucht und Körnerbau, als „intensive Wirtschaften" Zuckerrübenbau und Handelsgewächsbau bezeichnet werden. Wir nennen also mit Brentano intensive Landwirtschaft diejenige, „bei der viel Arbeit und Kapital auf eine gegebene Fläche Verwendung finden" und möchten nur den Begriffen „Arbeit" und „Kapital" noch den dritten Faktor Zweckmäßigkeitssinn hinzufügen. Im Grunde genommen verlangen wir also von der Landwirtschaft nichts anderes, wie von anderen Berufsständen, die eben in schwierigen Zeitverhältnissen mehr Arbeit, Kapital und Intelligenz aufwenden müssen, als dies vielleicht bei günstigerer Konjunktur der Fall war. Wenn auch die deutsche Landwirtschaft technisch den meisten übrigen Kulturstaaten überlegen ist, wenn auch, wie v. d. Goltz sagt, „in keiner früheren Periode Ackerbau und Viehhaltung mit so großer Sachkenntnis und Sorgfalt und unter Aufwendung von soviel Kapital und Arbeit betrieben worden sind, wie gegenwärtig", so muß, kann und wird, wie man mit Zuversicht behaupten darf, in Zukunft hierin noch weit mehr geleistet werden. Interessant ist es z. B. wie der jüngst verstorbene badische Finanzminister Buchenberger in seinem Buche über „Agrarpolitik" den Landwirten allerhand betriebswirtschaftliche Unterlassungssünden vorhält. Aus solchen erklären sich denn auch die auf den ersten Blick fast unbegreiflichen Unterschiede in den Erträgnissen bei völlig gleichen Bodenverhältnissen. Wenn umfangreiche Meliorierungen vielfach unterbleiben, weil sie ein größeres Kapital erfordern, das für manchen Landwirt schwer zu beschaffen ist, so ist doch weit mehr die in agrarischen Kreisen besonders starke Beharrungstendenz daran schuld, daß die technischen Fortschritte unserer Zeit nicht in der Weise ausgenutzt werden, wie man es erwarten dürfte. Hier muß nun die erzieherische Wirksamkeit des Staates vor allem einsetzen. Die Regierung muß sich in erster Linie selbst davon überzeugen, welche Ertragssteigerungen und dauernden Mehreinnahmen durch die Anwendung von Maschinen, künstlichen Düngemitteln und rationeller Wirtschaftsweise in den verschiedenen Gegenden erzielt worden sind. Alle landwirtschaftlichen Organe müssen auf die Aufgabe hingewiesen werden, mit der größten Sorgfalt die Sammlung derartiger Daten vorzunehmen. Ist diese vorbereitende Tätigkeit, die gewissermaßen eine Enquete über die Intensivierung der Landwirtschaft darstellen würde, erfolgt, so wäre es eine zweite ebenso wichtige Aufgabe, die so gewonnene Kenntnis in den breitesten Schichten der Landwirtschaft zu popularisieren und dadurch das Vertrauen der Landwirtschaft in die eigene Kraft zu stärken. Die Resultate der einzelnen Provinzen müßten miteinander verglichen werden, Landwirtschaftslehrer und praktische Landwirte müßten ihre Berufsgenossen darüber belehren, wo und wie bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden sind, die landwirtschaftlichen Vereine und Zeitungen müßten dieses Thema immer wieder zur Diskussion stellen. An aufklärenden und anregenden Beispielen fehlt es nicht. So hat z. B. Geheimrat Wagner eine Wirtschaft im Odenwald geschildert, in welcher die früheren unter Ausschluß von Handelsdünger erzielten Durchschnittserträge festgestellt und dann durch Versuche die Erträge bei Zufuhr von Handelsdünger ermittelt wurden. Die letzteren erhoben sich auf die mehr als doppelte Höhe. Sehr bekannt ist auch eine an der Grenze von der Rheinpfalz und Rheinhessen gelegene Wirtschaft, der Schniftenberger Hof, der durch sachgemäße Bearbeitung, Fruchtfolge und Anreicherung des Bodens mit Pflanzennährstoffen in wenigen Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat. Als ein größerer Bezirk, wo durch die Erhöhung und Verbesserung der Wiesenerträge die Viehzucht quantitativ und qualitativ stark gesteigert worden ist, gilt z. B. der Westerwald. Kurz, es sind Vorbilder dieser Art zur Genüge vorhanden.

Nun tut ja der Staat bereits heute viel, um eine vermehrte landwirtschaftliche Produktion anzuregen. Durch pädagogische Einrichtungen, durch Versuchsgüter, Meliorierungen und ähnliche Bestrebungen wird auch heute schon manch nützlicher Impuls gegeben. Indessen sind diese Maßnahmen doch bisher sporadisch geblieben und nicht durch einen leitenden und bestimmt formulierten Gedanken zum einheitlichen Ganzen gestaltet worden. In diesem Augenblick, in dem der Abschluß der Handelsverträge bevorsteht, ist nichts natürlicher, als daß durch eine Reihe großzügiger, weitgreifender, immer aber von einem Gedanken ausgehender, zu einem Zweck konvergierender Maßnahmen, die Intensivierung der heimischen Landwirtschaft angeregt wird, die ja eine natürliche Ergänzung der Tatsache bildet, daß das ausländische Getreide durch den Schutzzoll zu Gunsten der nationalen Arbeit zurückgedrängt wird. Erst durch diese Ergänzung erhält der Zollschutz der Masse der Bevölkerung gegenüber seine Berechtigung. Hier müßte also mit umfassender Pädagogik, zugleich aber mit einem planvollen Ausbau des Wegenetzes und mit Verbilligung der Frachten eingegriffen werden. Es würde ferner nötig sein, für die Produktionssteigerung weiteren Kredit flüssig zu machen, denn Montecuculi behält auch heute noch Recht, selbst wo es sich um Werke des Friedens handelt. Mit diesen Bestrebungen müßte dann die innere Kolonisation Hand in Hand gehen, wie sie in Posen und in Westpreußen durch die Ansiedelungskommission in Angriff genommen worden ist, womit zugleich das Problem der Bodenverteilung einer befriedigenderen Lösung entgegengeführt werden könnte.

Die hier angedeuteten Gesichtspunkte, mit denen die ganze Aktion nur in flüchtigen Konturen umrissen wird, sind selbstverständlich nicht neu. Sie sind in der fachmännischen Literatur oft genug erörtert worden. Wenn jetzt die Ernennung des Herrn von Conrad zum Unterstaatssekretär im landwirtschaftlichen Ministerium viel Beachtung findet und wenn Ihnen kürzlich mitgeteilt wurde, daß Herr von Conrad als der Träger eines landwirtschaftlichen Programmes bezeichnet werden kann, dessen Durchführung ein Lieblingsgedanke des Grafen Bülow ist, so ist damit nur gesagt, daß der Staat sich entschließen soll, die Produktionssteigerung der Landwirtschaft in derselben Weise aus dem rein Technischen und Ressortmäßigen herauszugeben, wie Graf Bülow etwa die Ostmarkenpolitik ihrer Bedeutung entsprechend als staatliche Sonderaufgabe formuliert hat. Etwas anderes ist es, ob nebenbei und vereinzelt dies und jenes geschieht, um die landwirtschaftliche Produktion zu stärken oder ob dieses Ziel mit Frakturschrift als eine der wesentlichsten Aufgaben des nächsten Jahrzehnts bezeichnet wird.

Nicht zu leugnen ist es, daß dieses Programm, so selbstverständlich es an sich ist, sich des Beifalls der radikalen Linken kaum erfreuen wird, obwohl ja auch diese, soweit sie sich einer objektiven Beurteilung befleißigt, nicht verkennen kann, daß hier nur eine Aufforderung zur Selbsthülfe an die Landwirtschaft ergeht, und daß diese Selbsthülfe das Ziel ist, das durch die Staatshülfe, soweit diese unumgänglich ist, erreicht werden soll. Indessen werden alle solche Bestrebungen, mögen sie auch in noch so hohem Grade das Verdienst der Gemeinnützigkeit für sich in Anspruch nehmen können, naturgemäß in erster Linie vom parteipolitischen Standpunkt aus beurteilt. Von der Stärkung der Landwirtschaft, die durch eine derartige Politik erfolgen muß, befürchtet der Liberalismus eine Stärkung der reaktionären Strömungen und in der Tat läßt sich diese Befürchtung nicht a limine abweisen. Die leitenden Stellen der Regierung müßten fest entschlossen sein, sich nicht in die unmoderne Staatsauffassung hineindrängen zu lassen, die in gewissen agrarischen Kreisen noch die herrschende ist. Einer Politik, wie sie hier angedeutet ist, müßte das Gegengewicht einer wahrhaft aufgeklärten modernen Staatsgesinnung entsprechen. Nur unter solchen Umständen würde es den gemäßigten Liberalen möglich sein, die Regierung in einem Bestreben zu unterstützen, das an sich durchaus verdienstlich ist, aber unter Umständen unerfreuliche politische Nebenwirkungen zeitigen könnte. Der Weg, der, wenn ich nicht irre, jetzt eingeschlagen werden soll, darf nicht ins dunkelste Deutschland führen und die Politik darf nicht so instradiert werden, daß die gebildeten Klassen von der Mitarbeit am Staatsleben zurückgestoßen werden."

Unter scharfer Betonung der sehr notwendigen Einschränkung im Schluß dieses programmatischen Artikels kann sich auch der Liberalismus mit den hier fest umrissenen Plänen einverstanden erklären. Wir haben also nur noch hinzuzufügen, daß eine Nutzanwendung für die anderen Bundesstaaten sich wohl von selbst ergibt.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Japaner auf Formosa.

Die „Times", welche die monotonen Warnungsrufe ihrer früheren Jahrgänge, ihre üble Propaganda gegen das „Made in Germany" nicht mehr für aktuell erachten mag, veröffentlicht jetzt Warnungen vor der japanischen Expansion. Sie will der City zu Gemüte führen, daß die halben Sieger von Liaojang schon heute konkurrierender Handelsstaat sind, und daß sie in Formosa, dem Malta des Stillen Ozeans, einen trefflichen Ankerpunkt besitzen. Ein Herr Maujiro Inagaki hat, als europäisch geschulter Kopf, herausgefunden, man könne mit einer guten Kriegsflotte einen beinahe unbegrenzten Druck auf den nördlichen und südlichen Teil des chinesischen Meeres ausüben und man könne die Linien im Stillen Ozean, die von Hongkong nach Australien, Panama, Nicaragua, San Francisco, Vancouver, Japan und Shanghai führen, vollkommen beherrschen. Inagaki hat hinzugefügt: „Im Falle ernsterer asiatischer Verwicklungen würde selbstverständlich England Verstärkungen aus Australien und dem Mutterlande abwarten müssen, die es auf der Kanadisch-Pacifischen Bahn bis Vancouver heranschaffen könne. Dort angekommen, würden sich aber die Transporte vollständig in der Hand des jeweiligen Besitzers von Formosa befinden." Hier hat die Phantasie freien Spielraum; denn die Amerikaner werden die Philippinen behalten, und die Vollendung des Panamakanals wird ungeahnte, handelspolitische, noch mehr aber kriegerische Verwicklungen schaffen.

Japanertransport aus Sibirien.

Das Bremische Bureau Bösmann meldet aus Eydtkuhnen: Ueber 700 Japaner, darunter 299 Frauen und 21 Kinder, die sich in Sibirien aufgehalten haben, und wegen des Krieges zwischen Rußland und Japan ausgewiesen wurden (?), sind an der deutsch-russischen Grenze angekommen und in Warballen vom japanischen Konsul in Bremen, Rößler, übernommen worden. Am 11. Oktober werden weitere 115 aus Rußland ausgewiesene Japaner erwartet. Die Flüchtlinge treten am 20. Oktober von Bremen aus mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Willehad" die Heimreise nach Japan an. Danach wären sie nicht zum Ausgewiesenen-Kontingent des Herrn Ballin gehörig.

Eine Rede des japanischen Premierministers.

Aus Tokio wird laut „Berl. Lokalanz." nach London telegraphiert: Am heutigen Montag hielt Premierminister Graf Katsura eine Rede, worin er sagte, der Krieg würde noch lange fortdauern. Die Nation müßte fest entschlossen sein, entschiedene Erfolge zu erzielen und dementsprechende Opfer zu bringen. Der Premierminister hofft durch größere Sparsamkeit in den Lokalverwaltungen schwere Geldopfer vermeiden zu können.

Alexejew vor dem Ende?

Nach einer Pariser Meldung berichten die Gegner des Statthalters Alexejew, daß dessen überhürzte Abreise von Mukden nach der Schlacht von Liaojang einen Eisenbahnzusammenstoß herbeiführte, bei welchem 10 verwundete Soldaten im Sanitätszuge umkamen. Man sucht dem Statthalter daraus einen Strick zu drehen.

Auszeichnung des russischen Wyborgregimentes.

Das Wyborgsche Regiment, dessen Chef Kaiser Wilhelm II. ist, hat für seine Kriegstaten in der Schlacht von Liaojang 97 Verdienstkreuze erhalten. Die Dekorierung ist selbstverständlich ohne einen Gedanken an den Chef erfolgt.

Aus Tsingtau.

Wie eine Londoner Meldung angibt, bestätigen die im deutschen Kriegshafen weilenden russischen Offiziere, daß das Port Arthur-Geschwader beabsichtige, aus dem Hafen auszulaufen; es hätte dieser Vorsatz schon vor einer Woche gefaßt gehabt. — Admiral Matussewitsch, der s. Zt. den „Zesarewitsch" nach Tsingtau leitete, hat um die Erlaubnis, zur Stärkung seiner Gesundheit nach Italien reisen zu dürfen. Es ist zunächst an maßgebender Stelle angefragt worden, ob etwas dagegen einzuwenden ist.

Untergang des „Bajan?"

Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Schanghai gemeldet, ein russisches Kriegsschiff, vermutlich „Bajan", sei bei der Insel Gruetzlaff in der Hangtschau-Bai vor Anker gegangen. Zwei Bugsierdampfer seien dahin abgegangen, um das Schiff nach Schanghai zu bringen.

Vor Port Arthur.

Das Reutersche Bureau meldet aus Tschifu: Während des letzten Sturmes auf Port Arthur griffen die Japaner wiederholt einen für die Russen sehr wichtigen hohen Hügel an. Am 22. September nahmen sie die Stellung, in dem sie die steilen Berghänge wie Ameisen erklommen. Der Versuch, die Stellung zurückzuerobern, war äußerst gewagt, und General Stössel wollte keinen Befehl dazu erteilen, deshalb rief er Freiwillige auf. Jeder, an den die Frage erging, war dazu bereit, worauf er eine Anzahl Freiwilliger auswählte. Mannschaft und Offiziere nahmen Handgranaten und es gelang ihnen nach einem verzweifelten Kampfe, die Japaner aus allen Positionen zu vertreiben. Die Russen beziffern den Verlust der Japaner in den vier Tagen des Sturmes auf 10 000 Mann. General Stössel erließ eine Proklamation, in der er seinen Dank an Gott und die heldenmütige Garnison für die Zurückweisung des Sturmes ausdrückte. — Das japanische Marinedepartement meldet, daß ein weiterer russischer Dampfer, der am Eingang von Port Arthur nach Minen suchte, von einer solchen zerstört wurde. Die Russen scheinen Mangel an kleinen Dampfern zur Entfernung der Minen zu leiden.

Ueber die Stellung der Armeen bei Mukden

macht der nach Tokio zurückgekehrte Berichterstatter der „Times" die folgenden Mitteilungen: Zwei russische Divisionen stehen am Hunhoflusse Mukden gegenüber, während die übrige russische Armee bei Tieling konzentriert ist, das die Russen im weiten Umfange umgehen. Die japanischen Heere nehmen eine 29 Meilen lange Front im Norden von Liaojang ein und haben die Ueberbrückung des Taitseflusses vollendet. Von einem Vormarsche der Japaner sei jedoch nichts zu bemerken. Der Berichterstatter des „Standard" bei Kuroki's Armee schreibt: Die Japaner besetzten eine Stellung im Norden von Jentai, wobei die Russen nur schwachen Widerstand leisteten.

Abenteuer des Prinzen Radziwill.

Der russische Leutnant Prinz Radziwill, der aus Port Arthur entkam und wohlbehalten in Kuropatkins Hauptquartier eingetroffen ist, hat seinen Weg zu Lande durch China genommen und sein Ziel schließlich über die Station Simintang erreicht. Bei den dortigen Missionaren führte er sich als Berichterstatter ein und erhielt infolgedessen bereitwillig Unterkunft, auch war man ihm beim Kauf eines Pferdes behilflich. Beim Abschiede des Fremdlings sahen die Missionare diesen zu ihrem Erstaunen in russischer Offiziersuniform und erfuhren, daß der Fremde Prinz Radziwill sei.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 3. Oktober.

* **Auf das Schreiben des Reichskanzlers** zum Jubiläum des **Reichsgerichts** erwiderte der Reichsgerichtspräsident Excellenz Gutbrod laut der „Nordd. Allg. Ztg." unter dem 1. Oktober telegraphisch:

„Den heute anläßlich des 25jährigen Bestehens des Reichsgerichts zu einem festlichen Mahle versammelten Mitgliedern des Gerichtshofes, der Reichsanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft habe ich von Euer Excellenz aus so hoch ehrenden Erlasse Kenntnis gegeben. Im Auftrage der Versammlung bitte ich Euer Excellenz, den Ausdruck unseres wärmsten Dankes gneigtest entgegennehmen zu wollen. Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen, um der hohen Aufgabe, Wächter des Rechts im Reiche zu sein, immer mehr gerecht zu werden."

* **Ein Vertrauensvotum für Schippel.** Der heimgekehrte Genosse Schippel ist von großem Glück begünstigt gewesen. Ihm ist es nicht gegangen wie der „Leipziger Volkszeitung", der für ihre Haltung gegenüber den „Gemäßigten" ein unzweideutiges Mißtrauensvotum ausgesprochen wurde, sondern in einer am Sonnabend abend in Chemnitz abgehaltenen Versammlung gaben ihm seine Parteigenossen ein ferneres ungeschmälertes Vertrauen zu erkennen. Mit allen gegen nur 6 Stimmen wurde nämlich folgende Resolution angenommen:

„Die Parteiversammlung des 16 sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitag in Bremen einverstanden. In den gegen Genossen Schippel auf dem Parteitag angenommenen Resolutionen erklärt die Parteiversammlung, daß keine Veranlassung vorliegt, Konsequenzen daraus zu ziehen, welche das Reichstagsmandat Schippels berühren."

Damit dürfte der „Fall Schippel" vorläufig erledigt sein. Interessen wollen wir die Gelegenheit benutzen, um ein, diesmal recht gesundes, Urteil der „Nordd. Allg. Ztg." über den Fall Schippel wiederzugeben. Das Blatt schreibt:

Seit einiger Zeit ist das Nichtparieren (in der Sozialdemokratie) Mode geworden, und die Strafe des Ungehorsams ist eine papierne Resolution, von der die Urheber selber wünschen, daß ihr keine ernstliche Bedeutung beigelegt werde. Aus all dem geht doch das hervor, daß sehr viel faul sein muß im Staate der Sozialdemokratie, daß Eingeweihte wie Schippel und Mehring über interne Geschehnisse mancherlei Enthüllungen zu machen hätten, nach denen es den sonst so sensationslüsternen und skandalsüchtigen „Vorwärts" ganz und gar nicht verlangt. Die ungewohnte Milde der sozialdemokratischen Majorität Häretikern gegenüber hat nachgerade den Charakter eines Schweigegeldsystems angenommen, von dem die Sozialdemokratie selber eine imponierende Wirkung nach außen hoffentlich nicht erwarten wird.

* **Der Kampf um Lippe-Detmold.** Die Regierung von Schaumburg-Lippe hat nun den Kampf gegen den neuen Grafregenten von Lippe-Detmold wieder aufgenommen. Unsere Leser kennen den Wortlaut ihres Protestes bereits, der allerdings nur Forderungen aufstellt, zur Begründung dieser Forderungen aber kein neues Moment beizubringen vermag. Die Regierung von Schaumburg-Lippe beantragt, der Bundesrat solle bis zur rechtskräftigen Erledigung der schwebenden Streitfragen keinen von einem der im Streite befindlichen Teile ernannten Bevollmächtigten zum Bundesrat zulassen. Das soll objektiv klingen, heißt aber